

08.02.91

Wi - K**Gesetzentwurf****der Bundesregierung**

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 9. November 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik

A. Zielsetzung

Regelung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der ehemaligen DDR und der UdSSR in der Übergangsphase sowie der langfristigen Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen dem geeinten Deutschland und der UdSSR.

B. Lösung

- Ratifizierung des oben genannten Vertrages. Der Vertrag bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes als Voraussetzung für den Austausch der Ratifikationsurkunden der Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften in Form eines Bundesgesetzes.
- Konkretisierung des Vertrauensschutzgrundsatzes des Einigungsvertrages (Art. 29)

- 2 -

Fristablauf: 22.03.91

Besonders eilbedürftige Vorlage gemäß Artikel 76 Abs. 2 Satz 3 GG

Im einzelnen durch:

- = Erweiterte Informations- und Kontaktmöglichkeiten
- = Maßnahmen zur Strukturverbesserung der Wirtschaft in der ehemaligen DDR
- = Übergangsregelungen der EG für traditionelle Warenströme aus der UdSSR in das Gebiet der ehemaligen DDR
- = Verfahrensregelungen für die Kooperationsprojekte Jamburg und Kriwoi Rog auf dem Gebiet der UdSSR
- Gestaltung der langfristigen Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen u.a. durch
 - = Intensivierung der Zusammenarbeit in Bereichen wie Umwelt, Energie, Industrie, Konversion, Drittländerskooperation, wissenschaftlich-technischer Zusammenarbeit
 - = weiteren Abbau von Handelshemmnissen
 - = Ausfuhr-gewährleistungen
 - = Arbeitserleichterungen für Geschäftsleute
 - = freien Austausch von Wirtschaftsinformationen
 - = Aus- und Weiterbildung
 - = Makroökonomische Beratung

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

08.02.91

Wi - K

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 9. November 1990 zwischen
der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen
Sowjetrepubliken über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit
auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Bonn, den 8. Februar 1991

121 (421) - 651 09 - Wi 9/91 (NA 2)

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 3 des Grund-
gesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom
9. November 1990 zwischen der Bundesrepublik
Deutschland und der Union der Sozialistischen
Sowjetrepubliken über die Entwicklung einer
umfassenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der
Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik

mit Begründung und Vorblatt.

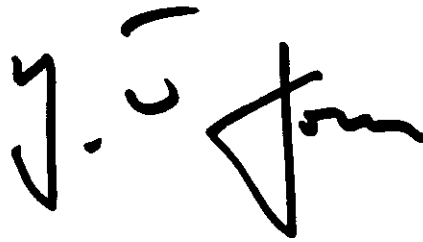
- 2 -

Fristablauf: 22.03.91

Besonders eilbedürftige Vorlage gemäß Artikel 76 Abs. 2 Satz 3 GG

Die Vorlage ist besonders eilbedürftig, weil die Ratifikation der mit der Sowjetunion im Zuge der Einigung Deutschlands ausgehandelten Verträge durch den Obersten Sowjet in Kürze zu erwarten ist. Außerdem besteht ein enger politischer Zusammenhang mit dem von der Bundesrepublik Deutschland bereits ratifizierten Vertrag vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland.

Federführend ist der Bundesminister für Wirtschaft.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'J. C. [unclear]'.

Entwurf
eines
Gesetzes
zu dem Vertrag vom 9. November 1990
zwischen
der Bundesrepublik Deutschland
und
der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit auf dem
Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 9. November 1990 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik und dem ergänzenden Briefwechsel wird zugestimmt. Der Vertrag und der Briefwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

1. Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
2. Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 25 und der Briefwechsel in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 25 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

In dem Vertrag werden lediglich allgemeine Rahmenbedingungen auf Gegenseitigkeit vereinbart, die keine zusätzlichen materiellen Belastungen bringen, so daß auch keine preislichen Auswirkungen zu erwarten sind.

Vertrag
zwischen
der Bundesrepublik Deutschland
und
der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit
auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft
und Technik

RG



Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken -

in dem Wunsch, in Übereinstimmung mit dem Vertrag vom **9. November 1990** über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die beiderseitige wirtschaftliche, industrielle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit im Interesse ihrer Völker erheblich zu entwickeln und zu vertiefen,

in der Erkenntnis, daß eine umfassende wirtschaftliche, industrielle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit ein wichtiges und notwendiges Element ist, um die beiderseitigen Beziehungen auf einer stabilen und langfristigen Grundlage zu entwickeln und festes Vertrauen zwischen beiden Staaten und ihren Völkern zu begründen,

in der Überzeugung, daß demokratische und wirtschaftliche Freiheit die Basis dauerhaften wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts sind,

in der Erkenntnis, daß stabile und beiderseitig vorteilhafte Beziehungen auf diesen Gebieten als materielle Grundlage für den Aufbau von Beziehungen einer echten Partnerschaft und einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen ihnen dienen,

in der Überzeugung, daß ein auf den Kräften des Marktes basierender wirtschaftlicher Reformprozeß die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit stärkt, den Bedürfnissen und Wünschen der Menschen besser Rechnung tragen kann, die Bedingungen einer engeren Zusammenarbeit verbessert und zu einem offeneren Welthandel beitragen wird, gestützt auf den erreichten Stand des wirtschaftlichen Zusammenwirkens zwischen beiden Ländern,



in Würdigung der Bedeutung, die der vollinhaltlichen Erfüllung der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 1. August 1975 und den abschließenden Dokumenten der KSZE-Nachfolgetreffen, insbesondere der Konferenz für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa in Bonn zukommt,

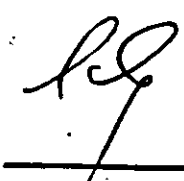
in Bekräftigung ihres Bestrebens, einen realen Beitrag zur Gestaltung eines einheitlichen Wirtschaftsraums auf dem europäischen Kontinent zu leisten,

im Hinblick auf die Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in internationalen Wirtschaftsorganisationen sowie auf die zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bestehenden Abkommen und Vereinbarungen,

unter Bezugnahme auf Artikel 21 des Abkommens vom 18. Dezember 1989 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit,

geleitet von dem Ziel, ein stetiges wirtschaftliches Wachstum zu gewährleisten, die Lebensqualität ihrer Bürger zu verbessern, die Beschäftigung zu erhöhen, die materiellen und personellen Ressourcen effektiv zu nutzen und die Umwelt zu schützen,

in der Erkenntnis, daß die Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Industrie, der Wissenschaft und der Technik unter Beachtung der ökologischen Aspekte ein wesentlicher Bestandteil ihrer Beziehungen insgesamt darstellt und in Zukunft einen noch breiteren Raum einnehmen sollte.



in der Überzeugung, daß die wirtschaftlichen Reformen in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands zusätzliche Möglichkeiten für die Entwicklung der beiderseitigen Zusammenarbeit sowohl auf staatlicher Ebene als auch auf der Ebene direkter Beziehungen zwischen daran interessierten Partnern eröffnen -

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Die Vertragsparteien, geleitet von den Prinzipien der Gleichheit, der Nichtdiskriminierung und des beiderseitigen Vorteils, werden sich um eine stetige Intensivierung und Diversifizierung der beiderseitigen wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen bemühen.

Die Vertragsparteien erkennen die Notwendigkeit an, Übergangsprobleme, die sich für ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit ergeben können, sachgerecht zu behandeln.

Zu diesem Zweck ist vorgesehen:

1. Die Vertragsparteien unterstützen durch geeignete Maßnahmen die Kontinuität und die weitere Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Das betrifft insbesondere bereits geschlossene Übereinkünfte über Warenlieferungen und die Erbringung von Dienstleistungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

hcy

[Signature]

Die Unternehmen und Organisationen beider Länder gestalten die Wirtschaftsbeziehungen in eigener Verantwortung.

Die Vertragsparteien schaffen die organisatorischen Voraussetzungen für erweiterte Informations- und Kontaktmöglichkeiten, die die Unternehmen und Organisationen beider Länder bei der Aufrechterhaltung von gewachsenen Liefer-, Bezugs- und anderen wirtschaftlichen Beziehungen unterstützen. Dabei ist besonders zu berücksichtigen das beiderseitige Interesse an der Versorgung mit Ersatzteilen für die früher aus der Deutschen Demokratischen Republik in die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und aus der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in die Deutsche Demokratische Republik gelieferten Maschinen, Ausrüstungen und Geräte, um deren normalen Betrieb sicherzustellen.

Die Vertragsparteien unterstützen die Aufrechterhaltung traditioneller Lieferbeziehungen unter Anpassung an marktwirtschaftliche Bedingungen. Die Ausgestaltung der Vertragsbeziehungen im einzelnen liegt in der Verantwortung der Unternehmen und Organisationen.

Die Vertragsparteien werden den betroffenen Betrieben und Organisationen zur Beibehaltung und Weiterentwicklung der entstandenen Unternehmenskooperationen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen, insbesondere hinsichtlich der gegenseitigen Lieferungen von Zubehörteilen und Materialien und der Nutzung von Ergebnissen gemeinsamer Forschungen und Ausarbeitungen, Unterstützung leisten.

Die deutsche Seite unterstützt die Leistungsfähigkeit der Unternehmen auf dem Gebiet der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik durch Maßnahmen



zur Strukturverbesserung. Diese Maßnahmen werden auch mit sowjetischen Partnern kooperierende Unternehmen zwecks Aufrechterhaltung der bestehenden wirtschaftlichen Beziehungen erfassen.

Entsprechende Maßnahmen werden im Rahmen der Bestimmungen des Vertrags über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft getroffen.

2. Die deutsche Seite wird weiterhin Anstrengungen unternehmen, daß für die im Zuständigkeitsbereich der Europäischen Gemeinschaften liegenden Bedingungen des Handels- und Wirtschaftsverkehrs für eine Übergangszeit besondere Maßnahmen getroffen werden, die erleichterte Voraussetzungen für einen Marktzugang von sowjetischen Betrieben und Organisationen auf dem Gebiet der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik im Rahmen der traditionellen Warenströme schaffen.

Die deutsche Seite weist darauf hin, daß diese Maßnahmen insbesondere die zeitlich begrenzte Aussetzung der Zölle des Gemeinsamen Zolltarifs der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Abgaben gleicher Wirkung im Rahmen bestimmter Mengen- und Wertgrenzen für Waren aus der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betreffen, die im Gebiet der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik in den zollrechtlich freien Verkehr überführt und dort verbraucht werden, oder eine Be- oder Verarbeitung erfahren, durch die sie die Eigenschaft von Ursprungswaren der Europäischen Gemeinschaft erlangen. Die deutsche Seite wird sich in einer Übergangszeit für die Aussetzung der nichtspezifischen mengenmäßigen Beschränkungen von Waren, wie in der Verordnung (EWG) Nr. 288/82 definiert, die aus der Union

leg

[Signature]

der Sozialistischen Sowjetrepubliken in das Gebiet der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik im Rahmen traditioneller Warenströme geliefert werden, einsetzen. Ferner setzt sie sich dafür ein, für eine Übergangszeit Abweichungen von Normen und Qualitätsanforderungen für Waren sowjetischen Ursprungs im Rahmen traditioneller Warenströme zuzulassen, sofern diese nicht in anderen Gebieten der Europäischen Gemeinschaft als dem Gebiet der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik in den Verkehr gebracht werden.

Weiter wird die deutsche Seite die spezifischen mengenmäßigen Beschränkungen, wie in der Verordnung (EWG) Nr. 3420/83 definiert, in einer Übergangszeit nicht auf Waren anwenden, die aus der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in das Gebiet der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik im Rahmen traditioneller Warenströme geliefert werden. Dies bezieht sich auch auf mengenmäßige Beschränkungen von Waren, die unter den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallen.

Hinsichtlich der deutschen Normen und Standards, deren Anwendung im Zusammenhang mit der Aufrechterhaltung traditioneller Warenströme während einer Übergangszeit zu Schwierigkeiten führt, wird sich die deutsche Seite im Rahmen geltender Rechtsvorschriften um Lösungen bemühen, sofern diese Waren nicht in anderen Gebieten der Europäischen Gemeinschaft als in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik in Verkehr gebracht werden.

hcg

[Signature]

3. Die Vertragsparteien bestätigen die Bedeutung der Zusammenarbeit bei der Erschließung der Gaslagerstätten von Jamburg und der Errichtung des Hütten- und Erzanreicherungskombinats von Kriwoi-Rog in der Sowjetunion. Die Vertragsparteien werden die Verbindlichkeiten der sowjetischen Seite zum 1. Januar 1991 für die durch Organisationen der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik errichteten Objekte, gelieferten Waren und erbrachten Leistungen sowie die damit verbundenen Lieferumfänge von Rohstoffen aus der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu den Bedingungen der bestehenden Abkommen präzisieren. Für die Zeit nach 1990 sind die Bedingungen für die weitere Zusammenarbeit neu zu vereinbaren. Zu diesem Zweck werden beide Vertragsparteien gemischte Arbeitsgruppen einsetzen, die ihre Vorschläge den Regierungen beider Länder zur Entscheidung vorlegen.

4. Die Vertragsparteien bekräftigen das beiderseitige Interesse an der weiteren Zusammenarbeit bei der Errichtung von Objekten im Gebiet der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und im Hoheitsgebiet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken im Rahmen geltender Abkommen über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit und anderer vertraglicher Übereinkünfte mit Organisationen der Deutschen Demokratischen Republik. Perspektiven der Zusammenarbeit bzw. Abwicklungsfragen werden im einzelnen in gemischten Arbeitsgruppen behandelt. Dabei wird den besonderen wirtschaftlichen und finanziellen Fragen, einschließlich möglicher wechselseitiger Ansprüche, die sich aus einem kurzfristigen Abbruch einzelner Kooperationsprojekte ergeben, große Aufmerksamkeit gewidmet.

RL

W

5. Die Unternehmen und Organisationen beider Länder wickeln die Verträge über Warenlieferungen nach Maßgabe der "Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Organisationen der Mitgliedsländer des RGW 1968/1988" in eigener Verantwortung ab.

Artikel 2

Die Vertragsparteien werden im Rahmen der bestehenden Regelungen, Gesetze und Übereinkünfte alles tun, um die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zu fördern und die Einbeziehung eines großen Kreises von Beteiligten zu gewährleisten. Dabei wird der Zusammenarbeit zwischen kleinen und mittleren Firmen und Betrieben besondere Aufmerksamkeit gelten.

Artikel 3

Die Vertragsparteien lassen sich durch das Abschließende Dokument des Wiener Folgetreffens der Vertreter der Teilnehmerstaaten der KSZE und die Bestimmungen des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 18. Dezember 1989 leiten. Sie werden sich dementsprechend weiterhin bemühen, Handelshemmnisse jeglicher Art weiter abzubauen oder schrittweise zu beseitigen und damit zur Ausweitung und Diversifizierung ihrer Handelsbeziehungen beitragen.

RG

[Signature]

Die Vertragsparteien werden sich im Rahmen der bestehenden tatsächlichen und rechtlichen Möglichkeiten bemühen, Bedingungen zu schaffen, die einen weiteren Ausbau und Intensivierung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen gewährleisten.

Artikel 4

Die Vertragsparteien erkennen die Bedeutung an, die die Finanzierung einschließlich der Gewährung von mittel- und langfristigen Krediten für eine stetige und effektive Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit hat. Sie erklären sich daher bereit, Ausfuhrgeährleistungen für Kredite zu möglichst günstigen Bedingungen in Anwendung der jeweils geltenden nationalen und internationalen Rechtsvorschriften und Regeln verfügbar zu machen.

Die Vertragsparteien bestätigen ihre Bereitschaft, im Rahmen der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und anderer multilateraler Finanzinstitutionen zusammenzuwirken.

Artikel 5

Die Vertragsparteien bekräftigen ihre Auffassung, daß die Förderung und der gegenseitige Schutz von Kapitalanlagen in dem jeweiligen Hoheitsgebiet eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche wirtschaftliche Zusammenarbeit ist.

[Handwritten signature on the left] *[Handwritten signature on the right]*

Artikel 6

Unbeschadet der Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus der Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften und den Verpflichtungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken aus geschlossenen internationalen Übereinkünften werden die Vertragsparteien die Gründung von Vertretungen von Unternehmen und Organisationen des einen Landes auf dem Hoheitsgebiet des anderen Landes erlauben und diesen Vertretungen und deren Führungskräften und Fachkräften sowie ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit die gleiche günstige Behandlung zukommen lassen, die sie auch anderen Staaten aufgrund ihres nationalen Rechts und der von ihnen geschlossenen zweiseitigen Übereinkünfte gewähren.

Dementsprechend werden sie Bürgern des jeweils anderen Landes, die sich vorübergehend zu Zwecken des Handels, als leitende Angestellte oder als Fachkräfte mit unternehmensbezogenen Spezialkenntnissen oder als Fachkräfte mit Hochschulausbildung oder vergleichbarer Ausbildung im jeweils anderen Land aufhalten, und deren nächsten Familienangehörigen in der Frage der Bewegungsfreiheit im jeweiligen Hoheitsgebiet sowie in Fragen der Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen und Arbeitserlaubnissen und der Erfüllung von sonstigen Formalitäten, die für die Durchführung einer geschäftlichen oder einer damit im Zusammenhang stehenden Tätigkeit erforderlich sind, nach Maßgabe des jeweils geltenden Rechts und zwischenstaatlicher Übereinkünfte bestmögliche Erleichterungen gewähren.

Die Vertragsparteien werden gleichfalls in Fragen der Gewährung von möglichst günstigen Bedingungen für den Aufenthalt und die Tätigkeit ihrer Bürger, die auf das Hoheitsgebiet der jeweils anderen Vertragspartei zwecks



Erzielung von Arbeitseinkommen reisen, nach Maßgabe des jeweils geltenden Rechts und zwischenstaatlicher Übereinkünfte zusammenarbeiten.

Artikel 7

Die Vertragsparteien erklären ihre Bereitschaft, notwendige Maßnahmen zur Handelsförderung mit dem Ziel der Diversifizierung und qualitativen Verbesserung des Warenaustausches zu unterstützen. Solche Maßnahmen umfassen insbesondere Werbung, Beratung, Factoring-Operationen und andere Geschäftsdienstleistungen sowie die Veranstaltung von Seminaren, Messen und Ausstellungen.

Artikel 8

Die freie Wahl der wirtschaftlichen Zusammenarbeit einschließlich einer gemeinsamen und eigenständigen Produktion, einer Spezialisierung, von Unteraufträgen, von Lizenzverträgen, von Gemeinschaftsunternehmen und selbständigen Unternehmen und anderer Formen von Kapitalanlagen, die sich im Einklang mit den jeweils geltenden Gesetzen befinden, unterliegt keinen Beschränkungen.

Artikel 9

Die Vertragsparteien intensivieren die Zusammenarbeit im Bereich der Produktion und rationellen, umweltverträglichen Nutzung von Rohstoffen und von Energie im Rahmen der bestehenden Einrichtungen.

Handwritten signature

Handwritten signature

Darüber hinaus erklären die Vertragsparteien ihre Bereitschaft, die industrielle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf Gebiete, wie Umweltmonitoring, Vorbeugung gegen technologische Gefährdung und Störfälle, Behandlung und Endlagerung von toxischen und gefährlichen Abfällen, Vermeidung und Verminderung der Luft- und Gewässerverschmutzung sowie der grenzüberschreitenden Verschmutzung, die aus der Umwandlung und dem Verbrauch von Energie herrühren, zu erstrecken.

Die Vertragsparteien werden ihre Zusammenarbeit auf der Grundlage des Abkommens zwischen den beiden Regierungen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes ausbauen.

Artikel 10

Die Vertragsparteien werden bestrebt sein, günstige Bedingungen für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern auf höchstmöglichem technologischem Niveau zu schaffen, die den Anforderungen der ökologischen Sicherheit sowie dem Ziel, die technischen, betrieblichen, natürlichen und personellen Möglichkeiten und Ressourcen beider Länder möglichst gut zu nutzen, gerecht werden.

Sie werden bei der Modernisierung und Schaffung neuer industrieller und landwirtschaftlicher Objekte in der Bundesrepublik Deutschland und in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, einschließlich der gemeinsamen Produktion oder Lieferung von Ausrüstungen, Lizenzen, Know-how, technischen Unterlagen dazu und des damit zusammenhängenden Austausches von Fachkräften, zusammenwirken.



Artikel 11

Die Vertragsparteien werden Maßnahmen ergreifen, um die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erschließung und kommerziellen Nutzung des Weltraums, der Ressourcen der Weltmeere, des Flugzeug-, Automobil- und Schiffbaus und der Konversion der Rüstungsproduktion, einschließlich einzelner Rüstungsbetriebe, zu organisieren.

Artikel 12

Die Vertragsparteien sind sich darin einig, der Zusammenarbeit bei der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse, bei deren Verarbeitung, Transport und Lagerung sowie der Schaffung und Förderung moderner, hochleistungsfähiger landwirtschaftlicher Betriebe, die Kooperationsbeziehungen mit der Nahrungsmittel- und Verarbeitungsindustrie sowie dem Handel unterhalten, vorrangige Aufmerksamkeit zu schenken. Zu diesem Zweck ist die Durchführung von Pilotprojekten unter Beteiligung von staatlichen Organisationen, Berufsverbänden, Betrieben und Firmen beider Länder besonders geeignet.

Vergleichbare Pilotprojekte könnten auf regelmäßiger Basis ebenfalls im Bereich der Herstellung industrieller Konsumgüter verwirklicht werden.

Artikel 13

Die Vertragsparteien vereinbaren, auch weiterhin in Fragen der Städteplanung und -entwicklung, der Schaffung und Modernisierung ihrer Infrastruktur, einschließlich ihres Verkehrsnetzes sowie des Wohnungs-, Industrie- und Straßenbaus, Schutzes der historischen und



kulturellen Denkmäler und der Wiederherstellung des architektonischen Erbes eine enge Zusammenarbeit zu unterstützen und den Erfahrungsaustausch zu fördern.

Die Vertragsparteien fördern ebenfalls den Informationsaustausch zur Politik der Regionalentwicklung, zum Ausgleich des sozioökonomischen Regionalgefälles und zur Verbesserung der Beschäftigungslage.

Artikel 14

Die Vertragsparteien fördern die Entwicklung der Infrastruktur einer gesamteuropäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, einschließlich Transportwesen, Fernmeldewesen sowie die Verwirklichung von Großprojekten von gesamteuropäischem und internationalem Rang.

Artikel 15

Die Vertragsparteien erweitern ihre Zusammenarbeit bei der Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften der Wirtschaft, der Industrie, des Bank- und Versicherungswesens, des Buchprüfungs- und Steuerwesens, des Dienstleistungsbereichs und anderer Gebiete in der Bundesrepublik Deutschland und in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Artikel 16

Die Vertragsparteien fördern den gemeinsamen Export von Industrieerzeugnissen, Technologie und Dienstleistungen auf Märkte dritter Länder, auch im Rahmen der recht-



lichen Möglichkeiten durch Ausführungsgewährleistungen für Kredite entsprechend dem Anteil am Exportgeschäft.

Artikel 17

Die Vertragsparteien werden die Bildung und die Tätigkeit von gemischten Expertengruppen für Beratungen zu Fragen der makroökonomischen Entwicklung einschließlich des Erfahrungsaustauschs über das Funktionieren einer freien Preisbildung, des Ergreifens von Antiinflationsmaßnahmen und der Tätigkeit von Antimonopolorganen fördern.

Artikel 18

Die Vertragsparteien werden der Entwicklung von Verbindungen und der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern, Fachkräften, wissenschaftlichen Körperschaften und Unternehmen, einschließlich der Bildung gemischter Wissenschaftlergruppen auf zeitweiliger oder ständiger Grundlage, für die Erarbeitung wissenschaftlich-technischer Problemstellungen und Durchführung von Forschungsvorhaben zum Zwecke der Sicherung des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts beider Länder erhöhte Aufmerksamkeit schenken.

Diese Zusammenarbeit erfolgt nach Maßgabe des Abkommens zwischen den beiden Regierungen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und der auf seiner Grundlage geschlossenen Fachvereinbarungen; im Einzelfall kann sich die Zusammenarbeit auch auf die Möglichkeit der Finanzierung von Einzelprojekten und wissenschaftlich-technischen Entwicklungen, die beide Vertragsparteien für nützlich halten, erstrecken.

lcl

|||

Artikel 19

Die Vertragsparteien werden im Rahmen der geltenden Rechtsvorschriften einen möglichst umfassenden und freien Austausch von Wirtschaftsinformationen für eine wirtschaftliche, geschäftliche und wissenschaftlich-technische Betätigung sicherstellen, einschließlich des Zugangs zu Informationsnetzen, Publikationen und Datenbanken.

Sie eröffnen die Zusammenarbeit zwischen ihren entsprechenden statistischen Diensten zum Zweck des Vergleichs und der Abstimmung der verwendeten Methoden, insbesondere im Bereich der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Die Vertragsparteien stimmen hinsichtlich der großen Bedeutung der Normung/Standardisierung für die Vertiefung ihrer wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen überein. Die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet wird auf der Grundlage von gesonderten Fachvereinbarungen erfolgen.

Artikel 20

Die Erörterung aktueller und längerfristiger Fragen der wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit und die Erarbeitung und Verwirklichung von Maßnahmen zur Ausweitung der Möglichkeiten und Verbesserung der Bedingungen für die Zusammenarbeit werden von der Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und der Kommission für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit wahrgenommen.



Die Tagungen der Kommissionen unter der Leitung von Vertretern beider Regierungen werden mindestens einmal im Jahr abwechselnd in einem der beiden Länder abgehalten.

Artikel 21

Die Änderung, Kündigung oder jede sonstige Form der Beendigung von völkerrechtlichen Übereinkünften, die das unbewegliche Vermögen von Organisationen, Einrichtungen und Privatpersonen der einen Vertragspartei im Hoheitsgebiet der jeweils anderen betreffen, erfolgt nur auf der Grundlage der jeweiligen Übereinkünfte und des Völkerrechts.

Die Vertragsparteien werden darüber konsultieren, welche Rechtsverhältnisse und Liegenschaften unter Absatz 1 dieses Artikels fallen.

Artikel 22

Die in diesem Vertrag aufgeführte Auflistung von Formen und Bereichen der Zusammenarbeit ist nicht erschöpfend. Die Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien, sowie den Betrieben, Firmen und Organisationen beider Länder wird sich in allen Formen und allen Bereichen vollziehen, die für die Beteiligten von Interesse sind.

•



Artikel 23

Die zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken früher geschlossenen Übereinkünfte in den Bereichen Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik werden im Einklang mit den beiderseits anerkannten Prinzipien des Vertrauensschutzes in den bereits vereinbarten Konsultationen einer Prüfung hinsichtlich ihrer weiteren Behandlung unterzogen.

Artikel 24

Dieser Vertrag wird für die Dauer von zwanzig Jahren geschlossen. Spätestens zwölf Monate vor Ablauf der Geltungsdauer vereinbaren die Vertragsparteien die für eine Gewährleistung der Fortsetzung und künftigen Ausweitung der wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit erforderlichen Maßnahmen.

Je nach deren Fortentwicklung und im Einklang mit den konkreten Bedürfnissen der Vertragsparteien kann dieser Vertrag in beiderseitigem Einvernehmen geändert oder ergänzt werden.

Artikel 25

Dieser Vertrag tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierungen der Vertragsparteien einander mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.



Geschehen zu **Bonn**

am **9. November 1990**

in zwei Urschriften, jede in deutscher und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die
Bundesrepublik Deutschland

H.M. Müller
H. Hansen

Für die Union der
Sozialistischen
Sowjetrepubliken

all. [illegible]
Pinat

Д О Г О В О Р
м е ж д у
Федеративной Республикой Германией
и

Союзом Советских Социалистических Республик
о развитии широкомасштабного сотрудничества
в области экономики, промышленности, науки
и техники

Федеративная Республика Германия и Союз Советских Социалистических Республик,

желая в соответствии с Договором между Федеративной Республикой Германией и Союзом Советских Социалистических Республик о добрососедстве, партнерстве и сотрудничестве от **9 ноября** 1990 года существенно развить и углубить двустороннее экономическое, промышленное и научно-техническое сотрудничество в интересах их народов,

сознавая, что всеобъемлющее экономическое, промышленное и научно-техническое сотрудничество является важным и необходимым элементом развития двусторонних отношений на стабильной и долгосрочной основе и установлении прочного доверия между обоими государствами и их народами,

будучи убежденными, что демократические и экономические свободы являются основой долговременного экономического и социального прогресса,

признавая, что стабильные взаимовыгодные связи в этих областях служат материальной основой построения отношений подлинного партнерства и конструктивного сотрудничества между ними,

будучи убежденными, что процесс экономических реформ, опирающийся на силы рынка, укрепляет эффективность экономики, в большей степени может учитывать потребности и чаяния человека, улучшает условия тесного сотрудничества, способствует большей открытости системы мировой торговли,

опираясь на достигнутый уровень экономического взаимодействия между обеими странами,

отмечая важность выполнения в полном объеме Заключительного акта Совещания по безопасности и сотрудничеству в Европе от

29

11/3

I августа 1975 года и итоговых документов последующих встреч представителей государств-участников СБСЕ, в частности Боннской конференции по экономическому сотрудничеству в Европе,

подтверждая стремление внести реальный вклад в формирование единого экономического пространства на европейском континенте,

принимая во внимание участие Федеративной Республики Германии и Союза Советских Социалистических Республик в деятельности международных экономических организаций, а также имеющиеся между Европейскими сообществами и Союзом Советских Социалистических Республик соглашения и договоренности,

ссылаясь на статью 21 Соглашения между Европейским экономическим сообществом и Европейским сообществом по атомной энергии и Союзом Советских Социалистических Республик о торговле и коммерческом и экономическом сотрудничестве от 18 декабря 1989 года,

руководствуясь целями обеспечения неуклонного экономического роста, улучшения качества жизни их граждан, расширения занятости, эффективного использования материальных и людских ресурсов и защиты окружающей среды,

сознавая, что сотрудничество в области экономики, промышленности, науки и техники, с учетом экологических аспектов, представляет собой существенную составную часть всех их отношений в целом, и в дальнейшем должно все более расширяться,

будучи убежденными, что экономические реформы в Союзе Советских Социалистических Республик и достижение государственного единства Германии открывают дополнительные возможности для развития двустороннего сотрудничества как по государственной линии, так и на уровне прямых связей между заинтересованными партнерами,

договорились о нижеследующем:

С т а т ь я I

Договаривающиеся Стороны, руководствуясь принципами равенства, недискриминации и взаимной выгоды, будут предпринимать усилия по дальнейшей интенсификации и диверсификации двусторонних экономических, промышленных и научно-технических связей.

Договаривающиеся Стороны признают необходимость решения должным образом проблем переходного периода, которые могут возникнуть для их экономического сотрудничества. В этих целях:

02

I. Договаривающиеся Стороны путем принятия надлежащих мер поддерживают преемственность и дальнейшее развитие торгово-экономических отношений между Федеративной Республикой Германией и Союзом Советских Социалистических Республик. Это касается, в частности, ранее достигнутых договоренностей между Германской Демократической Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик о поставках товаров и предоставлении услуг.

Предприятия и организации обеих стран будут определять форму экономических отношений под свою ответственность.

С целью поддержки предприятий и организаций обеих стран в сохранении сложившихся деловых отношений по поставкам, закупкам и другим хозяйственным связям Договаривающиеся Стороны создадут организационные предпосылки для расширения возможностей обмена информацией и установления контактов. При этом следует особенно учитывать взаимную заинтересованность в снабжении запасными частями ранее поставленных из Германской Демократической Республики в Союз Советских Социалистических Республик и из Союза Советских Социалистических Республик в Германскую Демократическую Республику машин, оборудования и приборов с целью обеспечения их нормальной эксплуатации.

Договаривающиеся Стороны будут содействовать сохранению традиционных отношений по поставкам продукции, приспособляя их к условиям рынка. За согласование конкретных условий договорных отношений будут отвечать предприятия и организации.

Договаривающиеся Стороны с целью сохранения и дальнейшего развития сложившихся кооперационных и научно-технических связей и, в частности, что касается взаимных поставок комплектующих изделий, материалов и использования результатов совместных научных исследований и разработок, будут оказывать поддержку соответствующим предприятиям и организациям.

Немецкая Сторона будет поддерживать эффективную работу предприятий на территории бывшей Германской Демократической Республики путем осуществления мер по совершенствованию экономической структуры, которые также будут охватывать предприятия, сотрудничающие с советскими партнерами, с целью сохранения сложившихся экономических отношений.

Соответствующие мероприятия будут осуществляться в рамках положений Договора об учреждении Европейского экономического сообщества.

2. Немецкая Сторона будет прилагать дальнейшие усилия к тому, чтобы в отношении условий торгово-экономических связей, входящих в компетенцию Европейских сообществ, на переходный период были приняты особые меры, которые в рамках традиционных товаропотоков будут создавать благоприятные условия для доступа советских предприятий и организаций к рынку сбыта на территории бывшей Германской Демократической Республики.

Немецкая Сторона указывает на то, что эти меры, в частности, касаются временного освобождения от таможенных пошлин Единого таможенного тарифа Европейского экономического сообщества и эквивалентных сборов в рамках определенных количественных и стоимостных ограничений товаров из Союза Советских Социалистических Республик, которые поступают на территории бывшей Германской Демократической Республики в свободное таможенное обращение, потребляются там или подвергаются обработке или переработке, в результате чего они приобретают свойства товаров, происходящих из Европейского сообщества. Немецкая Сторона выступает за отмену на переходный период неспецифических количественных ограничений, как они определены в регламенте (ЕЭС) № 288/82, в отношении товаров, которые поставляются из Союза Советских Социалистических Республик на территорию бывшей Германской Демократической Республики в рамках традиционных товаропотоков. Она выступает также за то, чтобы разрешить в течение переходного периода в рамках традиционных товаропотоков отклонения товаров советского происхождения от норм и требований по качеству при условии, что эти товары не будут поступать на другие территории Европейского сообщества, кроме территории бывшей Германской Демократической Республики.

Немецкая Сторона, кроме того, не будет применять специфические количественные ограничения, как они определены в регламенте (ЕЭС) № 3420/83, к товарам, которые поставляются из Союза Советских Социалистических Республик на территорию бывшей Германской Демократической Республики в рамках традиционных товаропотоков на переходный период. Это касается также количественных ограничений на товары, подпадающие под действие Договора об учреждении Европейского объединения угля и стали.

В отношении немецких норм и стандартов, применение которых в связи с сохранением традиционных товаропотоков в течение переходного периода вызовет сложности, Немецкая Сторона в рамках действующего законодательства готова содействовать решению данного вопроса, при условии, что эти товары не будут поступать в обращение

I. Договаривающиеся Стороны путем принятия надлежащих мер поддерживают преемственность и дальнейшее развитие торгово-экономических отношений между Федеративной Республикой Германией и Союзом Советских Социалистических Республик. Это касается, в частности, ранее достигнутых договоренностей между Германской Демократической Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик о поставках товаров и предоставлении услуг.

Предприятия и организации обеих стран будут определять форму экономических отношений под свою ответственность.

С целью поддержки предприятий и организаций обеих стран в сохранении сложившихся деловых отношений по поставкам, закупкам и другим хозяйственным связям Договаривающиеся Стороны создадут организационные предпосылки для расширения возможностей обмена информацией и установления контактов. При этом следует особенно учитывать взаимную заинтересованность в снабжении запасными частями ранее поставленных из Германской Демократической Республики в Союз Советских Социалистических Республик и из Союза Советских Социалистических Республик в Германскую Демократическую Республику машин, оборудования и приборов с целью обеспечения их нормальной эксплуатации.

Договаривающиеся Стороны будут содействовать сохранению традиционных отношений по поставкам продукции, приспособляя их к условиям рынка. За согласование конкретных условий договорных отношений будут отвечать предприятия и организации.

Договаривающиеся Стороны с целью сохранения и дальнейшего развития сложившихся кооперационных и научно-технических связей и, в частности, что касается взаимных поставок комплектующих изделий, материалов и использования результатов совместных научных исследований и разработок, будут оказывать поддержку соответствующим предприятиям и организациям.

Немецкая Сторона будет поддерживать эффективную работу предприятий на территории бывшей Германской Демократической Республики путем осуществления мер по совершенствованию экономической структуры, которые также будут охватывать предприятия, сотрудничающие с советскими партнерами, с целью сохранения сложившихся экономических отношений.

Соответствующие мероприятия будут осуществляться в рамках положений Договора об учреждении Европейского экономического сообщества.

на другие территории Европейского сообщества, кроме территории бывшей Германской Демократической Республики.

3. Договаривающиеся Стороны подтверждают значение сотрудничества при освоении Ямбургского месторождения природного газа и создании Криворожского горно-обогатительного комбината в Советском Союзе. Договаривающиеся Стороны уточняют задолженность Советской Стороны на 1 января 1991 года за построенные организациями бывшей Германской Демократической Республики объекты, поставленные товары и предоставленные услуги, а также связанные с этим объемы поставок из Союза Советских Социалистических Республик сырьевых товаров на условиях действующих соглашений. Условия дальнейшего сотрудничества на период после 1990 года подлежат новому согласованию. В этих целях Договаривающиеся Стороны создадут смешанные рабочие группы, которые представят свои соображения Правительствам обеих стран для вынесения решения.

4. Договаривающиеся Стороны подтверждают взаимный интерес к дальнейшему сотрудничеству в сооружении объектов на территории бывшей Германской Демократической Республики и на территории Союза Советских Социалистических Республик в рамках действующих соглашений об экономическом и техническом сотрудничестве и других договорных документов, подписанных с организациями Германской Демократической Республики. Перспективы сотрудничества или вопросы, связанные с его осуществлением, будут отдельно рассматриваться смешанными рабочими группами. При этом большое внимание будет уделено особым экономическим и финансовым вопросам, включая возможные взаимные претензии в связи с внезапным прекращением сотрудничества по отдельным проектам.

5. Предприятия и организации обеих стран под свою ответственность будут осуществлять контракты на поставку товаров в соответствии с "Общими условиями поставок товаров между организациями стран-членов СЭВ 1968/1988 гг."

С т а т ь я 2

Договаривающиеся Стороны будут в соответствии с действующими правилами, законодательством и договорными документами предпринимать все возможное для содействия дальнейшему развитию экономического, промышленного и научно-технического сотрудничества и

обеспечения привлечения к нему широкого круга участников. При этом особое внимание будет уделяться сотрудничеству мелких и средних фирм и предприятий.

С т а т ь я 3

Договаривающиеся Стороны будут руководствоваться Итоговым документом Венской встречи представителей государств-участников СБСЕ и положениями Соглашения между Европейским экономическим сообществом и Европейским сообществом по атомной энергии и Союзом Советских Социалистических Республик о торговле и коммерческом и экономическом сотрудничестве от 18 декабря 1989 года. В соответствии с этим они продолжают свои усилия по дальнейшему сокращению или постепенному устранению всякого рода препятствий на пути развития торговли и тем самым внесут вклад в расширение и диверсификацию их торговых отношений.

Договаривающиеся Стороны будут в рамках имеющихся реальных и правовых возможностей стремиться к созданию таких условий, которые обеспечивали бы дальнейшее расширение и интенсификацию торговых и экономических отношений.

С т а т ь я 4

Договаривающиеся Стороны признают значение, которое имеет финансирование, включая предоставление средне- и долгосрочных кредитов для неуклонного и эффективного развития экономического сотрудничества. Они заявляют о готовности предоставлять гарантии экспортных кредитов на возможно благоприятных условиях, придерживаясь действующих национальных и международных правовых предписаний и правил.

Договаривающиеся Стороны подтверждают готовность взаимодействовать в рамках Европейского банка реконструкции и развития и других многосторонних финансовых организаций.

С т а т ь я 5

Договаривающиеся Стороны подтверждают, что содействие осуществлению и взаимная защита капиталовложений на соответствующей территории являются важной предпосылкой успешного экономического сотрудничества.

С т а т ь я 6

Без ущерба для обязательств Федеративной Республики Германии, вытекающих из ее членства в Европейских сообществах, и для обязательств Союза Советских Социалистических Республик, вытекающих из достигнутых международных договоренностей, Договаривающиеся Стороны будут разрешать учреждение представительств предприятий и организаций одной страны на территории другой страны и будут обеспечивать этим представителям, их руководящим сотрудникам и специалистам и их экономической деятельности равно благоприятные условия, которые они также предоставляют другим государствам, на основе их национального права и достигнутых ими двусторонних договоренностей.

В соответствии с этим они будут обеспечивать максимально возможные облегчения гражданам соответствующей другой страны, временно находящимся соответственно в другой стране с коммерческими целями, являющимися руководящими сотрудниками или специалистами с особыми знаниями об их фирме, или как специалисты с высшим или сопоставимым образованием и их ближайшим родственникам, в вопросах свободы передвижения по территории, а также в вопросах выдачи разрешений на пребывание и работу и выполнение прочих формальностей, необходимых для осуществления деловой или связанной с ней деятельности на основе положений действующего законодательства и межгосударственных договоренностей.

Договаривающиеся Стороны будут сотрудничать в равной степени в вопросах обеспечения наиболее благоприятных условий пребывания и деятельности их граждан, приезжающих на территорию соответствующей другой Договаривающейся Стороны с целью заработка, на основе положений действующего законодательства и межгосударственных договоренностей.

С т а т ь я 7

Договаривающиеся Стороны заявляют о своей готовности принять необходимые меры для содействия торговле с целью диверсификации и качественного совершенствования товарообмена. В числе таких мер будут, в частности, реклама, консультации, факторинговые операции и иные деловые услуги, а также организация семинаров, ярмарок и выставок.

С т а т ь я 8

Свободный выбор форм экономического сотрудничества, включая как совместное, так и самостоятельное производство, специализацию, субподряды, лицензионные соглашения, совместные и самостоятельные предприятия и иные формы капиталовложений, находящихся в соответствии с действующим законодательством, не подлежит никаким ограничениям.

С т а т ь я 9

Договаривающиеся Стороны будут интенсифицировать сотрудничество в области производства, рационального и экологически чистого использования сырья и энергии в рамках существующей инфраструктуры сотрудничества.

Кроме того, Договаривающиеся Стороны заявляют о своей готовности распространить промышленное и научно-техническое сотрудничество на такие области как мониторинг окружающей среды, предупреждение технологических опасностей и аварий, переработка и окончательное захоронение токсичных и опасных отходов, предупреждение и снижение загрязнения воздуха и вод, а также трансграничных загрязнений, вызываемых преобразованием и потреблением энергии.

Договаривающиеся Стороны будут расширять сотрудничество на основе Соглашения между обоими Правительствами о сотрудничестве в области охраны окружающей среды.

С т а т ь я 10

Договаривающиеся Стороны будут стремиться к созданию благоприятных условий экономических отношений между двумя странами на максимально возможном высоком технологическом уровне, отвечающем требованиям экологической безопасности, а также целым наилучшего использования взаимных технических, производственных, природных и людских возможностей и ресурсов обеих стран.

Они будут взаимодействовать друг с другом в деле модернизации и создания новых промышленных и сельскохозяйственных объектов в Федеративной Республике Германии и Союзе Советских Социалистических Республик, включая совместное производство или поставку для них оборудования, лицензий, "ноу-хау", технической документации и связанных с этим обмен специалистами.

С т а т ь я I I

Договаривающиеся Стороны примут меры к организации сотрудничества в области освоения и коммерческого использования космического пространства, ресурсов мирового океана, самолето-, автомо-биль- и судостроения и конверсии военного производства, включая отдельные оборонные предприятия.

С т а т ь я I 2

Договаривающиеся Стороны согласились уделять первостепенное внимание сотрудничеству в деле производства сельскохозяйственной продукции, ее переработки, транспортировки и хранения, а также создания и поощрения современных высокоэффективных фермерских хозяйств, имеющих кооперированные связи с пищевой и перерабатывающей промышленностью и торговлей. Этой цели наиболее соответствует осуществление пилотных проектов с участием государственных организаций, профессиональных объединений, предприятий и фирм обеих стран.

Аналогичные пилотные проекты могли бы осуществляться на регулярной основе также в области производства промышленных товаров народного потребления.

С т а т ь я I 3

Договаривающиеся Стороны условились и далее поддерживать тесное сотрудничество и поощрять обмен опытом по вопросам планирования и развития городов, создания и модернизации их инфраструктуры, включая транспортные сети, жилищное, промышленное и дорожное строительство, охрану историко-культурных памятников и восстановление архитектурного наследия.

Договаривающиеся Стороны также будут поощрять обмен информацией по политике регионального развития, выравниванию социально-экономических уровней территорий, улучшению положения с занятостью.

:

С т а т ь я I 4

Договаривающиеся Стороны будут содействовать развитию инфраструктуры общеевропейского экономического сотрудничества, включая транспорт, связь, а также реализацию крупных проектов, имеющих общеевропейское и международное значение.

С т а т ь я I 5

Договаривающиеся Стороны будут расширять сотрудничество в деле подготовки и повышения квалификации руководителей и специалистов в области экономики, промышленности, банковской и страховой сферы, аудиторских и налоговых органов, сферы услуг и в других областях в Федеративной Республике Германии и Союзе Советских Социалистических Республик.

С т а т ь я I 6

Договаривающиеся Стороны будут поощрять совместные экспортные поставки промышленной продукции, технологии и услуг на рынки третьих стран, в том числе в рамках правовых возможностей за счет экспортных гарантий кредитования соответствующей части экспорта.

С т а т ь я I 7

Договаривающиеся Стороны будут поощрять создание и деятельность смешанных экспертных групп по оказанию консультационных услуг в вопросах макроэкономического развития, включая обмен опытом функционирования свободного ценообразования, применения антиинфляционных мер и деятельности антимонопольных органов.

С т а т ь я I 8

Договаривающиеся Стороны будут уделять особое внимание развитию связей и сотрудничества между учеными и специалистами, научными организациями и предприятиями, включая создание смешанных научных коллективов на временной и постоянной основе, для разработки научно-технических проблем и осуществления исследовательских проектов в целях обеспечения социального и экономического прогресса в обеих странах.

Это сотрудничество будет осуществляться в соответствии с Соглашением между обоими Правительствами о научно-техническом сотрудничестве и заключенными на его основе специализированными соглашениями; в отдельных случаях сотрудничество может включать

возможность финансирования отдельных проектов и научно-технических разработок, которые Договаривающиеся Стороны считают полезными.

С т а т ь я I 9

Договаривающиеся Стороны будут обеспечивать в рамках действующих правовых предписаний возможно более широкий и свободный обмен экономической информацией для экономической, коммерческой и научно-технической деятельности, включая доступ к информационным сетям, публикациям и банкам данных.

Они наладят сотрудничество между их соответствующими статистическими службами с целью сопоставления и согласования используемых методик, включая отчетность в области народнохозяйственных балансов.

Договаривающиеся Стороны согласны в том, что технические нормы и стандарты имеют большое значение для углубления их экономических, промышленных и научно-технических связей. Сотрудничество в этой области будет осуществляться на основе специализированных соглашений.

С т а т ь я 2 0

Рассмотрение текущих и перспективных вопросов экономического, промышленного и научно-технического сотрудничества, разработка и реализация мероприятий, направленных на расширение возможностей и улучшение условий сотрудничества, будет осуществляться Комиссией по экономическому и научно-техническому сотрудничеству и Комиссией по научно-техническому сотрудничеству.

Сессии Комиссий, возглавляемых представителями обоих Правительств, будут проводиться не реже одного раза в год поочередно на территориях двух стран.

С т а т ь я 2 1

Изменение, расторжение и любые другие формы прекращения действия международно-правовых договоренностей, касающихся недвижимого имущества организаций, учреждений и частных лиц одной из Договаривающихся Сторон на территории соответствующей другой, будут осуществляться только на основе соответствующих договоренностей и международного права.

Договаривающиеся Стороны будут проводить консультации по вопросам, какие правоотношения и какая недвижимость подпадают под действие первого абзаца настоящей статьи.

С т а т ь я 2 2

Перечисленные в настоящем Договоре форме и направления сотрудничества не являются исчерпывающими. Сотрудничество между Договаривающимися Сторонами, а также предприятиями, фирмами и организациями обеих стран будет осуществляться во всех формах и по всем направлениям, представляющим интерес для участников сотрудничества.

С т а т ь я 2 3

Договоры и соглашения в сфере экономики, промышленности, науки и техники, заключенные ранее между Германской Демократической Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик, будут в соответствии с признанными обеими Договаривающимися Сторонами принципами защиты доверия рассмотрены в отношении их дальнейшей судьбы в ходе консультаций, договоренность по которым была достигнута ранее.

С т а т ь я 2 4

Срок действия настоящего Договора определен в двадцать лет. Не позднее 12 месяцев до истечения упомянутого срока Договаривающиеся Стороны согласуют меры, необходимые для обеспечения продолжения и дальнейшего расширения экономического, промышленного и научно-технического сотрудничества.

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Der Vertrag schafft die Grundlage für eine breit angelegte und zukunftsorientierte wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem geeinten Deutschland und der UdSSR. Damit stellt er einen wichtigen Beitrag für die erfolgreiche Durchführung wirtschaftlicher Reformen in der Sowjetunion dar. Der Vertrag zielt insbesondere auf eine intensivere privatwirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen beider Länder. Dabei bezieht der Vertrag auch die Unternehmen aus dem Gebiet der ehemaligen DDR ein und behandelt Übergangsfristen, die sich aus der Vereinbarung ergeben.

II. Besonderes

Der Vertrag enthält 25 Artikel; ihnen ist ein Briefwechsel beigelegt.

Zu Artikel 1

Der erste Absatz dieses Artikels enthält den Grundsatz, daß die Vertragsparteien auf der Grundlage der Nichtdiskriminierung, der Gleichbehandlung und des beiderseitigen Vorteils ihre wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen fördern wollen.

Die Bestimmungen in den folgenden Nummern 1 - 5 betreffen Fragen der Wirtschaftsbeziehungen, die sich in einer Übergangsphase aus der Integration der Wirtschaft der ehemaligen DDR in das westliche Wirtschaftssystem ergeben. Ziel ist die Schaffung von Voraussetzungen für einen möglichst bruchfreien Übergang.

Zu Nummer 1

Beide Vertragsparteien sind an einer Fortsetzung der traditionell engen Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und dem Gebiet der ehemaligen DDR interessiert. Der Erfüllung der bereits abgeschlossenen Verträge kommt dabei besondere Bedeutung zu. Die Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen im einzelnen obliegt den Unternehmen beider Länder. Die staatliche Seite fördert diese Beziehungen durch flankierende Maßnahmen.

Insbesondere werden die Informations- und Kontaktmöglichkeiten durch Ausbau der Handelsförderungsstelle bei der Botschaft Moskau und Neueinrichtung von Handelsförderungsstellen in Leningrad, Minsk und Kiew wesentlich erweitert. Ebenso beabsichtigt die deutsche Wirtschaft, durch Einrichtung von Delegiertenbüros und einer Koordinierungsstelle in Berlin zur Erhaltung und Neuanbahnung von Geschäftsbeziehungen, insbesondere auch zwischen den Unternehmen der ehemaligen DDR und der UdSSR, beizutragen. Besondere Bedeutung kommt dabei auch der Sicherung einer kontinuierlichen Belieferung von Ersatzteilen für aus der ehemaligen DDR in die UdSSR gelieferten Maschinen und Ausrüstungen zu.

Dabei werden die vertraglichen Beziehungen ab 1991 nicht mehr wie bisher auf der Basis von Jahresprotokollen zwischen den Regierungen, sondern nunmehr von den Unternehmen in eigener Verantwortung gestaltet. Die Verträge werden auch nicht mehr auf der Grundlage der bisherigen Tranferrubelverrechnung, sondern in konvertibler Währung bei freier Ausgestaltung der Bedingungen im einzelnen ausgehandelt.

Auch vorhandene Unternehmenskooperationen, die sich im Rahmen von Spezialisierungsabkommen zwischen Unternehmen der ehemaligen DDR und der UdSSR entwickelt haben, werden auf der Grundlage marktwirtschaftlicher Bedingungen fortentwickelt.

Dabei wird die deutsche Seite die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft in der ehemaligen DDR im Zusammenhang mit den generell vorgesehenen Maßnahmen der Strukturverbesserung - insbesondere

auch unter Nutzung des Instrumentariums der Treuhandanstalt - verbessern. Auch Unternehmen mit besonderem Schwerpunkt im Sowjetunionhandel werden mit dem Ziel einbezogen, die gewachsenen Wirtschaftsbeziehungen möglichst fortzusetzen.

Die EG-Kommission hat eine wohlwollende Behandlung der in diesem Zusammenhang unter Beihilfeaspekten relevanten EG-rechtlichen Fragen zugesagt.

Zu Nummer 2

Die Bestimmung verdeutlicht das Anliegen beider Vertragsparteien, die Einfuhr aus der UdSSR in das Gebiet der ehemaligen DDR im Rahmen der traditionellen Warenströme für eine Übergangszeit unter Beibehaltung der bisherigen Marktzugangsbedingungen zu ermöglichen. Die deutsche Seite hat sich dementsprechend bei den Europäischen Gemeinschaften für Ausnahmeregelungen eingesetzt. Die EG hat dem durch befristete Freistellungen bei Zöllen, nichtspezifischen mengenmäßigen Beschränkungen sowie EG-Normen und -Standards entsprochen. Der sowjetischen Wirtschaft soll die Anpassung an die sich durch die Einbeziehung der DDR-Wirtschaft in die EG ergebenden neuen Anforderungen erleichtert werden. Voraussetzung der Ausnahmeregelungen ist, daß die begünstigten Waren im Gebiet der ehemaligen DDR verbraucht werden.

Darüber hinaus wird die deutsche Seite auch spezifische mengenmäßige Beschränkungen, deren Anwendung in nationaler Autonomie liegt, im Rahmen der bisherigen Warenströme in das Gebiet der ehemaligen DDR nicht auf Einfuhren aus der UdSSR anwenden. Das gilt auch für Kohle und Stahlprodukte.

Die deutsche Seite wird bei der Anwendung von nationalen Normen und Standards Lösungen suchen, die den freien Marktzugang im traditionellen Rahmen für eine Übergangszeit ermöglichen, soweit dem nicht gesetzlich geregelte Anforderungen entgegenstehen.

Zu Nummer 3

Die weitere Durchführung der deutsch-sowjetischen Kooperationsprojekte Jamburg (Erschließung von Gaslagern) und Kriwoi Rog (Erzanreicherungskombinat) soll von den Vertragsparteien geprüft werden. Bei beiden Projekten bringt die deutsche Seite auf Kreditbasis Bauleistungen, Ausrüstungen und Maschinen ein; die sowjetische Gegenleistung besteht nach den geschlossenen Vereinbarungen in der Lieferung von Erdgas (bei Jamburg) und Eisenerzpellets (bei Kriwoi Rog). Die vertraglichen Leistungen wurden bisher in Transferrubel bewertet. Es besteht Einvernehmen, die Leistungsverrechnungen ab 1991 auf konvertible Währung und marktübliche Preise umzustellen.

In diesem Zusammenhang sind neue Vereinbarungen über die nach dem 31.Dezember 1990 noch zu erfüllenden Vertragsleistungen erforderlich. Mit der Vorbereitung dieser Aufgabe werden Arbeitsgruppen betraut, die sich aus Vertretern der betroffenen Ministerien, Organisationen und Unternehmen beider Seiten zusammensetzen. Über ihre Vorschläge entscheiden die Regierungen der Vertragspartner.

Zu Nummer 4

Vereinbarungen über die Errichtung von Objekten auf dem Gebiet der beiden Vertragspartner werden darauf untersucht, ob und in welcher Form sie unter den neuen wirtschaftlichen und technischen Bedingungen fortzusetzen sind. Ebenfalls sind die sich aus einer möglichen Einstellung der Zusammenarbeit ergebenden Abwicklungsfragen einschließlich möglicher finanzieller Ansprüche zu klären. Zu diesem Zweck werden gleichfalls gemischte Arbeitsgruppen zwecks Erarbeitung von Vorschlägen an die Regierungen eingesetzt. Bei den betroffenen Kooperationsobjekten handelt es sich insbesondere auch um Kraftwerksbauten in der ehemaligen DDR mit sowjetischer Beteiligung.

Zu Nummer 5

Die Regelung stellt klar, daß die Abwicklung der noch von den Unternehmen und Organisationen der ehemaligen DDR und der UdSSR abgeschlossenen Lieferverträge ausschließlich Angelegen-

heit der jeweiligen Vertragspartner ist. Die Rechtsfolgen im einzelnen ergeben sich aus den für den Warenverkehr zwischen den RGW-Ländern vereinbarten "Allgemeinen Bedingungen". Sie haben den Rechtscharakter eines speziellen Kaufrechts.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung enthält eine generelle Aussage, die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zu fördern und dabei insbesondere den Mittelstand in diese Zusammenarbeit einzubeziehen.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung enthält die Bezugnahme auf das Abschließende Dokument des KSZE-Folgetreffens von Wien sowie auf den Vertrag der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft mit der UdSSR über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie die allgemeine Bemühensklausel, im Rahmen der genannten Vereinbarungen Handelshemmnisse jeglicher Art abzubauen und Bedingungen zu schaffen, die den Ausbau und die Intensivierung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen gewährleisten.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung unterstreicht die Bedeutung der Finanzierung und von Krediten für die Wirtschaftsbeziehungen. Darüber hinaus enthält die Bestimmung die generelle Bereitschaftserklärung, Ausfuhrgeährleistungen für Kredite zu möglichst günstigen Bedingungen verfügbar zu machen, soweit dies im Rahmen der jeweils geltenden nationalen und internationalen Rechtsvorschriften und Regeln möglich ist.

Ferner enthält die Bestimmung auch die Bestätigung der Bereitschaft in der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie in anderen multilateralen Finanzierungsinstitutionen zusammenzuwirken. Gedacht ist hier z.B. an den IWF oder die Weltbank.

Zu A r t i k e l 5

Diese Bestimmung enthält den allgemeinen Hinweis auf den mit der UdSSR geschlossenen und bisher nur in der Bundesrepublik ratifizierten Investitionsschutzvertrag und die Bedeutung dieses Vertrages für die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Bei dieser Gelegenheit unterstrich die deutsche Seite auch die Notwendigkeit einer baldigen Ratifizierung der Verträge durch die Sowjetunion.

Zu A r t i k e l 6

Hier ist die Niederlassungsfreiheit von Vertretungen von Firmen und Organisationen beider Länder sowie die Meistbegünstigung hinsichtlich der wirtschaftlichen Tätigkeit der Vertretungen und deren Führungs- und Fachkräfte geregelt.

Ferner regelt diese Bestimmung die Fragen der Mithilfe bei der Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen und Arbeitserlaubnissen sowie anderer Formalitäten die im Zusammenhang mit der geschäftlichen Tätigkeit der genannten Kräfte und deren nächsten Familienangehörigen stehen. In einem Briefwechsel zu dieser Bestimmung sind die Begriffe "nächste Familienangehörige" und "vorübergehend" erläutert.

Schließlich enthält die Bestimmung die Meistbegünstigungsklausel für Arbeitnehmer der jeweils anderen Vertragspartei.

Zu A r t i k e l 7

In dieser Bestimmung erklären die Vertragsparteien ihre Bereitschaft zur Handelsförderung durch bestimmte nicht abschließend aufgezählte Maßnahmen wie Veranstaltung von Seminaren, Messen und Ausstellungen, Werbung, Beratung.

Zu Artikel 8

Diese Bestimmung enthält den Grundsatz der freien Wahl der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, soweit sie sich im Einklang mit den jeweils geltenden Gesetzen befindet.

Zu Artikel 9

Nach dieser Bestimmung soll die Zusammenarbeit bei Rohstoffen und Energie sowie die industrielle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit bei der Umwandlung und Verbrauch von Energie - insbesondere hinsichtlich Umweltschutz - intensiviert werden.

Ferner wird auf einen Ausbau der Zusammenarbeit auf der Grundlage des Umweltschutzabkommens zwischen den Vertragsparteien verwiesen.

Zu Artikel 10

Diese Bestimmung enthält eine allgemeine Verhaltensklausel hinsichtlich der Zusammenarbeit auf höchstmöglichem technischen Niveau und der Ausschöpfung aller unternehmerischen, natürlichen und personellen Ressourcen.

Fernerhin erklären die Vertragsparteien ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit bei der Modernisierung und Schaffung neuer industrieller und landwirtschaftlicher Objekte in beiden Ländern.

Zu Artikel 11

Nach dieser Bestimmung werden die Vertragsparteien die Zusammenarbeit auf Gebieten, wie z.B. kommerzielle Nutzung des Welt-raums, der Ressourcen der Weltmeere, der Konversion der Rüstungsproduktion, organisieren.

Zu A r t i k e l 12

Diese Bestimmung enthält die Vereinbarung, im Bereich der Produktion von landwirtschaftlichen Gütern, deren Verarbeitung, Lagerung und Transport zusammenzuarbeiten. In diesen Bereichen sowie bei der Herstellung von Konsumgütern wird die Durchführung von Pilotprojekten für geeignet gehalten.

Zu A r t i k e l 13

Nach dieser Bestimmung vereinbaren beide Vertragsparteien, beim Städte-, Wohnungs-, Industrie- und Straßenbau zusammenzuarbeiten und dabei den Schutz der historischen und kulturellen Denkmäler zu unterstützen. Daneben soll ein umfassender Informationsaustausch zu allen Fragen der Regionalentwicklung, zum Ausgleich des Regionalgefälles und zur Verbesserung der Beschäftigungslage in diesem Bereich gefördert werden.

Zu A r t i k e l 14

Diese Bestimmung enthält den Gedanken des gesamteuropäischen Wirtschaftsraumes und die Zusammenarbeit bei multilateralen Großprojekten.

Zu A r t i k e l 15

Aufgrund der sich aus dem Übergang zur Marktwirtschaft ergebenden Notwendigkeit des Umdenkens insbesondere auf der Führungsebene wurde zwischen den Vertragspartnern eine Erweiterung der Zusammenarbeit bei der Aus- und Weiterbildung vereinbart. Die Mittel hierfür sind im Haushalt des Auswärtigen Amtes angesetzt. Für eine Vertiefung der Zusammenarbeit hat das Auswärtige Amt für das Haushaltsjahr 1991 vermehrte Finanzmittel angemeldet.

Zu A r t i k e l 16

Nach dieser Bestimmung wollen beide Vertragsparteien den Export auf Märkte von Drittländern - auch mit Unterstützung von Ausfuhrgeährleistungen - fördern, jedoch nicht in der Form von Subventionen oder finanziellen Leistungen.

Zu A r t i k e l 17

Nach dieser Vorschrift bilden beide Seiten Expertengruppen, um in Fragen der makroökonomischen Entwicklung zu beraten und den Erfahrungsaustausch über marktwirtschaftliche Mechanismen zu fördern.

Zu A r t i k e l 18

Diese Bestimmung regelt die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit insbesondere im wissenschaftlich-technischen Bereich, die auf der Grundlage des zwischen den Vertragsparteien bereits 1986 geschlossenen Abkommens über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und den entsprechenden Fachvereinbarungen erfolgen soll.

Dabei kann sich diese Zusammenarbeit auch auf die Finanzierung von Einzelprojekten, die beide Seiten für nützlich halten, erstrecken.

Zu A r t i k e l 19

Nach dieser Bestimmung werden die Vertragsparteien den freien Informationszugang und -austausch sicherstellen.

Darüberhinaus wird die Zusammenarbeit zwischen den statistischen Diensten vereinbart sowie die Bedeutung der Normung/Standardisierung für die Wirtschaftsbeziehungen festgestellt.

Zu A r t i k e l 20

Diese Bestimmung verweist auf die im Rahmen der bestehenden Abkommen eingesetzten bilateralen Kommissionen und überträgt diesen die sich aus diesem Vertrag ergebenden Aufgaben. Dabei wird eine mindestens einmal jährlich abzuhaltende Tagung festgelegt.

Zu A r t i k e l 21

Nach dieser Bestimmung können völkerrechtliche Vereinbarungen, die das unbewegliche Vermögen der einen Vertragspartei im jeweiligen Hoheitsgebiet der anderen betreffen, nur nach den Regeln des Völkerrechts geändert oder gekündigt werden. Über die Einzelheiten, insbesondere welche Liegenschaften darunterfallen, werden die Vertragsparteien sich konsultieren.

Zu A r t i k e l 22

Diese Bestimmung stellt lediglich die Tatsache fest, daß die Aufzählung der Zusammenarbeitsbereiche nicht erschöpfend ist und die Zusammenarbeit auf andere Bereiche ausgeweitet werden kann.

Zu A r t i k e l 23

Nach dieser Bestimmung genießen die zwischen der ehemaligen DDR und der Sowjetunion geschlossenen Vereinbarungen in den unter diesen Vertrag fallenden Bereichen Vertrauensschutz. Die weitere Behandlung soll im Rahmen von Konsultationen geprüft werden.

Zu A r t i k e l 24

Der Vertrag gilt zunächst zwanzig Jahre. Zwölf Monate vor Vertragsablauf können die Vertragsparteien weitere Maßnahmen vereinbaren. Außerdem kann der Vertrag jederzeit den sich ändernden Verhältnissen angepaßt werden.

Zu Artikel 25

Diese Bestimmung regelt das Inkrafttreten. Sie ist rechtlich nicht bedenklich, weil der Vertrag keine unmittelbaren normativen Wirkungen zugunsten oder zulasten Dritter entfaltet.

III. Briefwechsel

Anlässlich der Unterzeichnung des Vertrages wurde ein Briefwechsel geführt.

Der Briefwechsel spricht die Frage der Auslegung der Begriffe "vorübergehend" und "nächste Angehörige" im Rahmen des Artikels 6 an. Durch den Briefwechsel wird die Definition der beiden Begriffe festgelegt und im Fall der "nächsten Angehörigen" dem Wortlaut des Artikels I Nummer 3 des Aufenthalts- und Abzugsvertrages angepaßt.

DER BUNDESMINISTER
FÜR WIRTSCHAFT

D-5000 BONN 9. November 1990

Herrn
M.M. Nesterov
Leiter der Delegation der
Union der Sozialistischen
Sowjetrepubliken
bei den Verhandlungen über den Vertrag
über die Entwicklung einer umfassenden
Zusammenarbeit auf dem Gebiet der
Wirtschaft, Wissenschaft und Technik

Herr Delegationsleiter!

Anläßlich der Unterzeichnung des Vertrages vom 9. November 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik, beehre ich mich, Ihnen zu bestätigen, daß unter Bezugnahme auf Artikel 6 des genannten Vertrages während der Verhandlungen Einvernehmen über die folgenden Definitionen, die für die Erfüllung des Vertrages notwendig sind, erzielt wurde:

1. "Vorübergehend" im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 des genannten Vertrages bedeutet, daß sich die in diesem Absatz genannten Bürger nur für einen zeitlich begrenzten, dem Zweck Ihrer Tätigkeit entsprechenden Zeitraum, im allgemeinen nicht länger als fünf Jahre in dem Hoheitsgebiet des jeweiligen anderen Landes aufhalten.

2. "Nächste Familienangehörige" im Sinne von Artikel 6 Absatz 2 des genannten Vertrages sind:

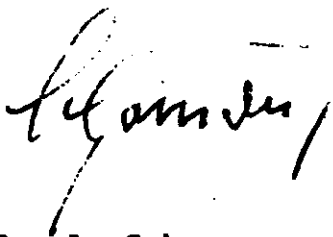
a) Ehegatten sowie minderjährige und unterhaltsberechtigzte Kinder,

b) nahe Verwandte, die aus Alters- oder Gesundheitsgründen unterhaltsberechtigt sind,

sofern diese Personen Staatsangehörige der Bundesrepublik Deutschland oder der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sind.

Genehmigen Sie, Herr Delegationsleiter, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Im Auftrag



Dr. L. Schomerus

Leiter der Delegation
der Bundesrepublik Deutschland
bei den Verhandlungen über den Vertrag
über die Entwicklung einer umfassenden
Zusammenarbeit auf dem Gebiet der
Wirtschaft, Wissenschaft und Technik

Бонн, " 9 " ноября 1990 года

Господин руководитель делегации,

В связи с подписанием " 9 " ноября 1990 года Договора между Союзом Советских Социалистических Республик и Федеративной Республикой Германией о развитии широкомасштабного сотрудничества в области экономики, промышленности, науки и техники имею честь, ссылаясь на статью 6 упомянутого Договора, подтвердить, что в ходе переговоров было достигнуто общее понимание следующих определений, необходимых для осуществления Договора:

1. "Временно" в смысле абзаца 2 статьи 6 указанного Договора означает, что упомянутые в этом абзаце граждане могут находиться на территории соответствующей другой страны в течение ограниченного срока, который, как правило, не превышает 5 лет и соответствует цели их деятельности.

2. "Ближайшие родственники" в смысле абзаца 2 статьи 6 указанного Договора означают:

а/ супруги, несовершеннолетние и находящиеся на их иждивении дети,

б/ близкие родственники, находящиеся на их иждивении по возрасту или состоянию здоровья,

если эти лица являются гражданами Союза Советских Социалистических Республик или Федеративной Республики Германии.

Господину д-ру Л.Шомерусу

Руководителю делегации Федеративной Республики Германии на переговорах по Договору о развитии широкомасштабного сотрудничества в области экономики, промышленности, науки и техники

Бонн

Примите, Господин руководитель делегации, уверения в моем
весьма высоком к Вам уважении.



М.М. Нестеров

Руководитель делегации Союза Советских
Социалистических республик на переговорах
по Договору о развитии широкомасштабного
сотрудничества в области экономики, про-
мышленности, науки и техники

01.03.91

Stellungnahme

des Bundesrates

zum

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 9. November 1990
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der
Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Entwicklung einer
umfassenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft,
Industrie, Wissenschaft und Technik

Der Bundesrat hat in seiner 626. Sitzung am 1. März 1991 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf Einwendungen nicht zu erheben.